

Road to Recovery: Zukunft gestalten, ländliche Räume stärken

Stadt und Land gemeinsam
entwickeln, regionale
Ungleichheiten überwinden.

Eckpunktepapier
zum Regionalkongress
der EVP-Fraktion in
Leipzig
23./24.11.2023

Road to Recovery: Zukunft gestalten, ländliche Räume stärken

Stadt und Land gemeinsam entwickeln,
regionale Ungleichheiten überwinden.

24. November 2023

In den ländlichen Räumen Deutschlands spiegelt sich die ganze Vielfalt unseres Landes, der wirtschaftliche Erfolg, unsere kulturellen und gesellschaftlichen Errungenschaften sowie unserer Leistungsfähigkeit, wieder. Gleichzeitig geben ländliche Räume vielen Menschen eine Heimat, in welcher sie sich geborgen fühlen. Einer repräsentativen Studie aus dem Jahre 2020 zufolge, gaben 61 Prozent der Deutschen an, lieber in einem Dorf, auf dem Land oder in einer Kleinstadt wohnen zu wollen. Großstädte bevorzugten nur 13 Prozent der Befragten.

Seit dem Jahr 2000 ist der Anteil der Stadtbevölkerung in Deutschland von etwa 75 auf 77,4 Prozent gestiegen, wobei ein Drittel der Deutschen in Großstädten wie Berlin, Hamburg oder München lebt. Im europäischen Vergleich lag Deutschland damit zuletzt im Mittelfeld, knapp über dem Durchschnitt der Euro-Zone von 74,7 Prozent. Zugleich ist der ländliche Raum Impulsgeber für Wirtschaft und Gesellschaft. So wird beispielsweise mehr als die Hälfte der wirtschaftlichen Gesamtleistung Bayerns im ländlichen Raum erzeugt. In Thüringen gibt es mit der Akademie Ländlicher Raum (ALR) eine Anlaufstelle für alle Bürgerinnen und Bürger, die sich im und für den ländlichen Raum stark machen wollen und in Sachsen flankieren Programme wie „Vitale Dorfkerne und Ortszentren im ländlichen Raum“ die Umsetzung der europäischen LEADER-Entwicklungsstrategie, mit der seit 1991 innovative Aktionen in den ländlichen Räumen Europas gefördert werden. Auch das in Halle an der Saale geplante Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation, welches die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaften erforscht soll, wird über den ländlichen Raum in der Region hinausstrahlen und Regionen in anderen Mitgliedstaaten Perspektiven bieten, wie die Transformation vor Ort gelingen kann.

Jedoch sind die Wohlstandsunterschiede zwischen Städten und dem ländlichen Raum in Deutschland teils in permanenter Schieflage. Lag das Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner in Städten wie Wolfsburg, Ingolstadt oder München in den vergangenen Jahren deutlich über 100.000 EUR/Jahr, hatten Landkreise wie die Südwestpfalz, Kusel oder Helmstedt mit rund 20.000 EUR/Jahr bisher das Nachsehen. Zählt der Landkreis München in Bayern zu den wirtschaftlich stärksten Regionen in Deutschland, führt der Landkreis Mansfeld-Südharz in Sachsen-Anhalt die Liste der wirtschaftlich schwächsten Region an.

Vor diesem Hintergrund ist es unserer Ansicht nach umso wichtiger, die gemeinsame Entwicklung von Stadt und Land, die Zukunft der europäischen Strukturfondsmittel, sowie die Überwindung von Ungleichheiten zwischen den deutschen und europäischen Regionen in den Vordergrund zu stellen und die Herausforderungen aktiv anzugehen. Mit diesem Papier wollen wir hierzu einen ersten Beitrag leisten.

1. Gesetze und Förderung stärker auf den Ländlichen Raum ausrichten

Die aktuellen Krisen zeigen, dass insbesondere der ländliche Raum in seiner ganzen Breite davon betroffen ist. Dennoch, wie Zahlen einer Studie des IW Köln und des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) zur Corona-Pandemie zeigen, ist der ländliche Raum auch eines: resilient. Während die Arbeitslosenquote in Kreisen mit hoher Dienstleistungsquote und dicht besiedelten Kreisen sowie Städten insgesamt um den größten Prozentsatz angestiegen ist, traf dies für den ländlichen Raum nicht im selben Umfang zu. Dies liegt nicht zuletzt in der Vielfältigkeit des ländlichen Raums begründet. Das Bau- und Dienstleistungsgewerbe, ist hier ebenso zuhause wie die Energiewirtschaft, das Gastgewerbe, der Tourismus, die Industrie und das verarbeitende Gewerbe, Land-, Forst- und Agrarwirtschaft, das Handwerk oder Transport- und Verkehrsunternehmen.

Dennoch bestehen Problemstellungen im ländlichen Raum, die insbesondere durch den „europäischen Hebel“ adressiert werden können. Zum einen ist hier die mit der Vielzahl an Gesetzen einhergehende Last zu nennen. Bis zu 84 Prozent der nationalen Gesetzgebung in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) beruht auf Vorgaben aus Brüssel. Deshalb bedarf es für Unternehmen, Verwaltungen auf EU-, Bundes- und Landesebene sowie Bürgerinnen und Bürger

vor allem eines: Entlastung. Dies kann durch ein Konzept zum Bürokratieabbau gelingen, wie wir es unlängst in unserem [CDU/CSU Positionspapier „Industriestandort Europa 2050](#) beschrieben haben. Auch wäre es sinnvoll, im EU-Gesetzgebungsprozess nicht nur einen Praxistest für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und zu Fragen der Wettbewerbsfähigkeit durchzuführen, sondern auch die **Folgenabschätzungen um Auswirkungen der Gesetzgebung auf den ländlichen Raum zu erweitern**. Zum anderen bedarf es eines Turbos bei der Förderung und insbesondere der **Beschleunigung des Abflusses der Mittel aus den europäischen Förder-töpfen in die ländlichen Räume**. So erreichten die noch abzuwickelnden Mittelbindungen im Rahmen des EU-Haushalts und der NGEU-Finanzhilfen Ende des Jahres 2022 ein Rekordniveau von 453 Mrd. EUR. Geld, welches für noch anstehende oder zukünftige Projekte in den Mitgliedstaaten vorgesehen, allerdings noch nicht zugewiesen wurde. Deshalb brauchen wir eine konzentrierte Kanalisierung, Neuprogrammierung und Umwidmung der bereits vorhandenen und geeigneten Mittel, insb. der EU Regional- und Strukturfonds. Dazu gehören die **Verkürzung und Vereinfachung der Antrags- und Genehmigungsverfahren für pragmatische und kosteneffiziente Lösungen vor Ort**, bspw. für dekarbonisierungsrelevante Projekte ebenso wie die Beschleunigung des Entscheidungsprozesses bei der Berechnung von förderfähigen Kosten bei „Leuchtturm“- , „Nahe-Null“- oder „Netto-Null“-Technologieprojekten im ländlichen Raum. Auch sollte ein bestimmter Prozentsatz der Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), dem Europäischen Sozialfonds (ESF+) und dem Fonds für einen gerechten Übergang (JTF) für die Förderung des ländlichen Raums reserviert werden, z.B. ähnlich der anteiligen Reservierung von Mitteln für die nachhaltige Stadtentwicklung.

In diesem Zusammenhang fordern wir auch schon seit längerem die sogenannte „Grenzlandmilliarde“. Denn der Bedarf für mehr Europa vor Ort, im ländlichen Raum und den grenznahen Gebieten, ist da. So entfallen knapp neun Prozent aller einsehbaren [Kohesio-Projekte in Deutschland](#) auf Sachsen, darunter alleine 2.122 auf das Stadtgebiet Leipzig und 12.887 Projekte auf den an Tschechien grenzenden Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge.

2. Infrastruktur und Mobilität im Ländlichen Raum attraktiver gestalten, Versorgungs- und Fachkräftekonzepte an die Lebensrealität im Ländlichen Raum anpassen

Die öffentliche Daseinsvorsorge umfasst die Grundversorgung von Bürgerinnen und Bürgern mit lebenswichtigen Dienstleistungen und Infrastrukturen in den Bereichen Wohnen, Energie, Wasser und Abfall aber auch Mobilität, Gesundheit und Bildung.

Europa leistet auch hier seinen Beitrag. Ob bei der [Sanierung des Schwimmbad Kirch-Baggen-dorf](#) in Mecklenburg-Vorpommern, der [Erschließung eines Gewerbegebietes in Uelzen](#) in Niedersachsen, dem [Aufbau eines innovativen Computer Aided Manufacturing \(CAM\) Arbeitsplatzes in Gerbstedt](#) in Sachsen-Anhalt oder durch das EU-Projekt ASTUS, welches Innovative Mobilitätskonzepte, wie die [Einführung von flächendeckenden RufTaxi-Angeboten und Tangential- und Expressbus-Verbindungen im Öffentlichen Personennahverkehr \(ÖPNV\)](#) im Landkreis Fürstenfeldbruck in Bayern, fördert.

Dennoch kann - und muss - Europa auch hier besser werden. Insbesondere bei seinen Anstrengungen alle Entscheidungsebenen vertikal zu vernetzen. Deshalb fordern wir eine **bessere vertikale Vernetzung über alle Ebenen hinweg**. Verwaltungsseitig bedarf es einer kompetenten Vernetzung von Landkreisbehörden mit Landes- und Bundeseinrichtungen bis hin zur Europäischen Kommission und ihren Agenturen. Politisch braucht es institutionalisierte, kurze Wege zwischen den Bürgermeister*innen vor Ort im ländlichen Raum und den politischen Entscheidungsträgern auf europäischer Ebene. Auch Versorgungskonzepte müssen an die Lebensrealität im ländlichen Raum anpassen werden. Konzepte wie der „Mobile Dorfladen“, welcher im Rahmen des Projekts „Digitales Dorf Bayern“ eine Versorgung der Bevölkerung in entlegenen Ortsteilen mit Waren des täglichen Bedarfs ermöglichte, müssen bundesweit Schule machen.

In die öffentliche Daseinsvorsorge fallen auch die Bereiche Gesundheit und Bildung. Auch hier können europäische Lösungen ein Schlüssel für Probleme wie dem Fachkräftemangel im Pflegebereich, oder den Personalengpässen im Bildungs- und Erziehungsbereich sein. **National bedarf es einer neuen Mobilitätsinitiative**, welche für arbeitssuchende Bürgerinnen und Bürger in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit Anreize schafft, damit diese in Regionen mit niedriger Arbeitslosigkeit, hoher Fachkräftenachfrage oder anderen besonderen Bedarfsanforderungen umsiedeln können. Auf europäischer Ebene ist der Abbau von Hindernissen im Blue-Card-Fachkräftesystem und die Erleichterung der Vergleichbarkeit nicht-europäischer Bildungsabschlüsse mit dem Europäischen Qualifikationsrahmen (EQR) erforderlich.

Gleichzeitig bedarf es einer **EU-Strategie für ausbildende Industrie-, Handwerks- oder Daseinsvorsorgebetriebe im ländlichen Raum**, damit diese von der Werbung ausländischer Lehrlinge aus EU-Ländern mit hoher Jugendarbeitslosigkeit profitieren. Liegt die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland beispielsweise nur bei 5,8 Prozent, ist sie in acht Mitgliedstaaten, darunter Spanien, Italien, Luxemburg oder der Slowakei, bereits teils deutlich über 20 Prozent. Ein Potential, das es für die Ausbildungsbetriebe im ländlichen Raum zu heben gilt.

3. Ländliche Räume europäisch denken und über Ländergrenzen hinweg verbinden

Sei es bei den sogenannten Important Projects of Common European Interest (IPCEIs), dem INTERREG Förderinstrument oder der Umsetzung europäischer Gesetze, wie beispielsweise der Überarbeitung der Richtlinie über erneuerbare Energien, immer werden Anforderungen und Erleichterungen für grenzüberschreitende und interregionale Projekte vom europäischen Gesetzgeber mitgedacht. Dennoch besteht auch hier ein erheblicher Verbesserungsbedarf. Kommunen und Bürger stehen einem Dschungel an möglichen EU-Plattformen auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene gegenüber, auf denen sie Förderungen beantragen oder Projekte einreichen können. Hier fordern wir einen **EU-weit einheitlichen und digitalen Single Point of Contact (SPoC), der alle Ausschreibungen in einer einfachen Suchmaske zusammenführt**, der nutzerzentriert auf Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Kommunen zugeschnitten ist.

Ferner bedarf es **mehr Unterstützung bestehender gebietsübergreifender Einheiten** wie Départements, Landkreisen, Powiats, Județe etc. **beim Aufbau von Kapazitäten zur Vernetzung untereinander und der Beratung ihrer kleineren Kommunen**, wie bspw. der „Strukturlotsen“ in Rheinland-Pfalz. Zwar leisten die Europäischen Verbände für die Territoriale Zusammenarbeit (EVTZs) bereits einen sehr wichtigen Beitrag die grenzüberschreitende, transnationale und interregionale Zusammenarbeit zu erleichtern, jedoch gibt es auch hier noch Potenziale, die es zu heben gilt. So könnten diese bspw. vermehrt als Verwaltungsbehörde für die INTERREG-Programme eingesetzt oder ermächtigt werden, als alleiniger Begünstigter der Kleinprojektfonds über die Vergabe von Projekten entscheiden zu können. Dadurch würde auch der ländliche Raum in Deutschland und Europa profitiert und könnte so zum Zukunftsraum entwickelt werden.

Impressum

CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament
Unter den Linden 71
11011 Berlin

☎ 030 / 22 77 57 75

✉ info@cducsu.eu

🌐 www.cducsu.eu

f @CDUCSUEuropa

✂ @CDU_CSU_EP

📷 [cducsueuropa](https://www.instagram.com/cducsueuropa)

🎵 @cducsueuropa

Stand: November 2023